

Antrag I-05
Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK

Jamas Sera Vencido – Chiles antikapitalistischen Kampf konsequent unterstützen!

1 **Die Militärdiktatur und ihre Folgen**

2 1970 wurde mit Salvador Allende, der für das Wähler*innenbündnis der Unidad Popular antrat, erstmals ein sozialistischer Präsident gewählt. Allende brach mit der konservativen Politik seiner Vorgängerregierungen und setzte vor allem durch Lohnerhöhungen, Vergesellschaftungen und Enteignungen auf Umverteilung.

3 Außenpolitisch hat sich die Chilenische Regierung schnell mit den USA zerworfen, die eine sozialistische Regierung auf dem südamerikanischen Kontinent sehr kritisch sahen. In der Folge führte die USA eine Intervention durch, in der der Auslandsgeheimdienst CIA die linke Regierung Allendes destabilisierte. Die US- Intervention schuf die Voraussetzung für den Militärputsch am 11. September 1973, der schlussendlich in der Militärdiktatur von Pinochet mündete, die in den folgenden 17 Jahren die Chilen*innen systematisch verfolgte und folterte. Mehrere 10.000 Menschen wurden politisch gefangen genommen, über 2.000 wurden ermordet und von über 1.000 Menschen fehlt bis heute jede Spur.

4 Die von den USA unterstützte Militärregierung Pinochets führte 1980 eine neue, nicht demokratisch legitimierte Verfassung ein, die eine neoliberale, marktradikale Handschrift trägt. Die Verfassung von 1980 schützt vor allem die Privatwirtschaft und das Privateigentum vor staatlichem Handeln. Seit jeher wird der chilenische Staat als subsidiäres System festgeschrieben. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, der Markt soll alles regeln und der Staat greift nur im äußersten Notfall ein. **Ein System, von dem wir Sozialdemokrat*innen ganz genau wissen, wohin es führt: die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher!** Zwar endete die Militärdiktatur am 11. März 1990, dennoch besitzt die neoliberale Verfassung aus der Zeit der Militärdiktatur in Chile bis heute Gültigkeit mit verheerenden Folgen für die arbeitende Klasse.

5 Aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive hat sich das Brutto-Inlandsprodukt Chiles in der Zeit nach der Diktatur bis heute gut entwickelt und Chile gilt als wirtschaftlich aufstrebendstes Land Südamerikas. Doch obwohl das BIP wächst und der Wohl-

Wir stehen solidarisch an der Seite der noch immer weiterkämpfenden Genoss*innen auf den Straßen Chiles. Wir sind überzeugt, dass gesellschaftlicher Fortschritt und Aufbruch möglich sind!

Aus dem chilenischen Kampf für eine freiere und feministischere Gesellschaft müssen wir unsere Lehren ziehen. Daher fordern wir:

- das Ende der Gewalt gegen die Mapuche und indigenen Völker. Die voranschreitende Militarisierung des Konflikts muss sofort enden!
- die deutsche und europäische Außenpolitik dazu auf, die Menschenrechtsverletzungen an den indigenen Völkern Chiles anzusprechen und entschlossen auf ein anderes Handeln zu hinzuwirken.
- die Anerkennung der Territorien der Mapuche und ihrer Landrechte.
- die Bundesregierung auf, die feministische Außenpolitik endlich konsequent zu leben und den verfassungsgebenden Prozess zu unterstützen.

Adressat:

SPD-Bundestagsfraktion

45 stand nominell wächst, bekommt der Großteil der
46 Chilen*innen nichts davon mit. Die Lücke zwischen
47 Arm und Reich ist in Chile so groß, wie in kaum ei-
48 nem anderen Land der OECD. Die oberen 10% Chi-
49 les besitzen in etwa zwei Drittel des gesamten Ver-
50 mögens. Die chilenische Gesellschaft leidet unter
51 Armut, massiver sozialer Ungleichheit und einer
52 enorm ungerechtem Vermögens- und Einkommens-
53 verteilung.

54 „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre“
55 Die chilenische Metro kündigte im Oktober 2019
56 eine Fahrpreiserhöhung um 30 chilenische Pesos
57 an. Damit löste sie damit die größten Proteste der
58 jüngsten chilenischen Geschichte aus. Die Preiser-
59 höhung von umgerechnet ca. 0,04 € war der Trop-
60 fen, der das Fass zum Überlaufen brachte und ei-
61 ne soziale Bewegung entfachte, die einen bisher
62 nie dagewesenen politischen Handlungs- und Ver-
63 änderungsdruck erzeugte. Tausende Chilen*innen
64 schlossen sich zu einer Protestbewegung zusam-
65 men und protestierten gegen die bestehenden Ver-
66 hältnisse. Die Wut richtete sich gegen die hohen Le-
67 benshaltungskosten, das ungerechte Bildungs- und
68 Gesundheitssystem, sowie die private Altersvorsor-
69 ge.

70 Die chilenische Altersvorsorge auf Basis einer Ren-
71 tenfondsverwaltung und wird zu 100% von Ar-
72 beitnehmer*innen investiert. Da dieses System auf
73 den Kauf von Aktien angelegt ist, verlor die Ren-
74 tenfondsverwaltung während der Finanzkrise 2008
75 rund 40% der gesparten Renten der Einzahler*in-
76 nen. Ein Rentensystem, das nach Gewinnmaximie-
77 rung der Unternehmen strebt, führt unwiderruf-
78 lich zu Verlusten bei den einzahlenden Arbeitneh-
79 mer*innen. Mit diesem System fördert der chileni-
80 sche Staat eine Umverteilung der Einkommen der
81 arbeitenden Bevölkerungsschicht zu den finanzstar-
82 ken Privatunternehmen und ihren Anteilseignern.

83 In Chile herrscht ein verfassungsrechtlich gestütz-
84 ter, jedoch nicht demokratisch legitimierter Neoli-
85 beralismus und zieht sich durch alle Facetten des all-
86 täglichen Lebens. Gute Bildung, sowie ausreichende
87 medizinische und gesundheitliche Versorgung sind
88 vor allem den wenigen einkommensstarken Chi-
89 len*innen vorbehalten. Der Zugang zu natürlichen
90 Ressourcen - teilweise sogar zu Wasser! - ist priva-
91 tisiert. Die Menschen in Chile sind vollkommen zu-
92 recht wütend auf dieses marktradikale, kapitalisti-
93 sche System. Was mit Widerstand gegen einen er-

94 höhten Fahrpreis begann, entwickelte sich schnell
95 zur Systemfrage und mündete in der zentralen For-
96 derung der Protestbewegung: Die Verfassung aus
97 der Zeit der Militärdiktatur muss abgeschafft wer-
98 den, um sie durch eine neue, demokratisch legiti-
99 mierte Verfassung zu ersetzen.

100 **Als SPD, die Antifaschismus und demokratischen So-**
101 **zialismus zu ihren Grundwerten zählen, stehen wir**
102 **an der Seite der chilenischen Protestbewegung. Wir**
103 **unterstützen die chilenischen Demonstrant*innen**
104 **im Streben nach einer neuen Verfassung, die das**
105 **neoliberale System hinter sich lässt und den Weg für**
106 **ein Sozialsystem, sowie einen aktiven chilenischen**
107 **Staat freimacht!**

108 Des Weiteren verurteilen wir die Polizei- und Militär-
109 gewalt, die unseren chilenischen Genoss*innen wi-
110 derfährt! Die vielen Toten, die es aufgrund von eska-
111 lierenden Einsätzen der Staatsmacht gibt sind nicht
112 hinnehmbar und müssen sofort enden!

113 **Zu wenig Land und zu viel Polizei**

114 Chile ist ein Land, das viele indigene Völker und Na-
115 tionen beheimatet. Das größte indigene Volk sind
116 die Mapuche, die im Süden Chiles und Argentinii-
117 en leben und eine Vielzahl regionaler Identitäten
118 besitzen. Die Geschichte der indigenen Völker und
119 Nationen in Südamerika ist von europäischer Ko-
120 lonisation, Ausbeutung, Unterdrückung und politi-
121 scher Verfolgung geprägt. Ab dem 16. Jahrhundert
122 litten sie unter den Kolonialverbrechen der Spani-
123 er*innen. Sie konnten jedoch erwirken, als eigen-
124 ständiges Volk anerkannt zu werden. Der im 19.
125 Jahrhundert gestartete Prozess, der zynischerweise
126 „Befriedung“ genannt wurde, hatte zur Folge, dass
127 1883 das Mapuche-Gebiet gewaltsam an den chile-
128 nischen Staat angegliedert und unterworfen wurde.
129 Die Mapuche mussten ihre Siedlungsgebiete verlas-
130 sen und sich in kleine Reservate zurückziehen. Wi-
131 derstände liefen in den olgenden Jahrzehnte ins Lee-
132 re und erzielten keine politischen Konsequenzen.

133 Nach Jahren der Vertreibung, Ausgrenzung und Ver-
134 folgung sorgte 1970 der sozialistische Präsident Al-
135 lende für Hoffnung, da er massiv die Enteignung
136 landwirtschaftlicher Betriebe vorantrieb und das ge-
137 wonnene Land an die Ureinwohner*innen zurück-
138 gab. Diese Hoffnung endete jedoch mit dem Putsch
139 Pinochets und der Militärdiktatur. Seitdem leiden
140 die Mapuche unter schweren Repressalien, die sich
141 auch mit dem Ende der Diktatur 1990 nicht endete,
142 da das neoliberale Wirtschaftssystem Pinochets, das

143 auf der Ausbeutung von Natur und dem Export von
144 Rohstoffen basiert, von den Nachfolgeregierungen
145 fortgeführt wurde - zu Lasten und zum Leid der in-
146 digenen Völker.

147 Heutzutage machen Mapuche in etwa 10% der Be-
148 völkerung aus, sind jedoch gesellschaftlich stark
149 unterrepräsentiert und leben überwiegend in Ar-
150 mut. Die Landrechtskonflikte zwischen dem chile-
151 nischen Staat und der indigenen Bewegung halten
152 weiterhin an und fordern regelmäßig Todesopfer.
153 Die Mapuche sind auch deshalb strukturell benach-
154 teiligt, weil die chilenische Verfassung ihnen keine
155 ethnisch- kulturelle Sonderstellung einräumt - die
156 sie in Anbetracht der leidvollen Geschichte de facto
157 hat.

158 In der Folge des Jahrzehnte währenden Konflikts
159 sind viele indigenen Menschen in die Städte ge-
160 flüchtet und haben ihre Heimat verlassen. Dort
161 leiden sie unter struktureller Benachteiligung und
162 starker Armut. Rassismus gegen die indigene Bevöl-
163 kerung ist bis heute stark in der chilenischen Ge-
164 sellschaft verwurzelt. Menschenrechtsaktivist*in-
165 nen prangern zurecht an, dass den Interessen der
166 Mapuche nach wie vor zu wenig Raum gegeben
167 wird.

168 **Als internationalistische, antirassistische Partei ste-**
169 **hen wir an der Seite der indigenen Bevölkerung in**
170 **Chile.** Wir schließen uns der Forderung nach Land-
171 rückgabe an die Mapuche und andere indigene Völ-
172 ker an. Der chilenische Staat muss den Einsatz mili-
173 tärischer Waffen sofort beenden!

174 **Die Weg zu einer neuen Verfassung**

175 Nach einem Jahr teilweise eskalierender Proteste,
176 gab die chilenische Regierung der Hauptforderung
177 nach und ließ eine Volksabstimmung zur Frage zu,
178 ob das Land den Prozess zur Einführung einer neu-
179 en Verfassung anstoßen solle. Per Plebiszit stimmte
180 eine überwältigenden 78%-Mehrheit der Chilen*in-
181 nen im Oktober 2020 dafür und bereiteten so den
182 Weg für eine neue, demokratisch legitimierte Ver-
183 fassung, die das Erbe des Diktators Pinochets über-
184 winden soll.

185 Um den Verfassungsentwurf vorzubereiteten, wur-
186 de die verfassungsgebende Versammlung, die Con-
187 vención Constitucional eingerichtet, die sich um die
188 großen Leitfragen zur Konstitution Chiles kümmern
189 sollte. In der darauffolgenden, freien Wahl wurden
190 im Mai 2021 überwiegend linke und parteiunabhän-
191 gige Vertreterinnen und Vertreter in ebenjene ver-

192 fassungsgebende Versammlung gewählt. Zur Präsi-
193 dentin und somit an die Spitze des Gremiums wurde
194 Elisa Loncón eine Vertreterin der Mapuche gewählt.
195 Die Republik durchlebt eine enorm demokratische
196 Entwicklung, die wir Jusos unterstützen müssen. Ei-
197 ne Entwicklung, die noch vor wenigen Monaten un-
198 denkbar schien und die verdeutlicht, welche unge-
199 heure Kraft soziale Bewegungen bahnbrechen kön-
200 nen.

201 Dieser Wandel wirkte sich auch auf die Präsident-
202 schaftswahl im Dezember 2021 aus. In dem Duell
203 um das höchste Regierungsamt kämpfte mit Gabri-
204 el Boric ein linker Kandidat gegen den stramm rech-
205 ten José Antonio Kast, der sich in der ideologisch in
206 der Nähe Pinochets verortet und vor allem ankün-
207 digt, gegen den neuen Verfassungsentwurf zu ar-
208 beiten und die Sonderechte im Falle eines verhäng-
209 ten Ausnahmezustandes, wie es vor allem in den
210 Mapuche-Gebieten der Fall war und ist, auszuwei-
211 ten. Für die Bürgerrechte, aber vor allem für Minder-
212 heiten und progressive Kräfte im Land wäre ein Prä-
213 sident Kast der worst case, weshalb sich ein über-
214 geordnetes Lager aus der Arbeiter*innenbewegung
215 hinter Boric stellte.

216 Mit 56% und somit deutlicher als prognostiziert
217 setzte sich Gabriel Boric im Dezember durch und
218 ist seit März 2022 gewählter Präsident Chiles. Da-
219 bei lag es vor allem an der Wahlbeteiligung jun-
220 ger und weiblicher Menschen, die für den progres-
221 siven Kandidaten stimmten. Männer und Personen
222 mit einem Alter von über 50 wählten mehrheitlich
223 für Kast. Boric ist mit 35 Jahren der jüngste Präsi-
224 dent in der Geschichte Chiles und seine Vorhaben
225 sind aus linken, fortschrittlichen Blickwinkeln und
226 vor allem aus sozialdemokratischer Perspektive un-
227 terstützenswert. Boric strebt nach einem kostenlo-
228 sen Bildungssystem und einer sozialen Marktwirt-
229 schaft nach europäischen Modell. Auch wenn da-
230 mit noch keine sozialistischen Zustände herrschten,
231 ist die Richtung unter Betrachtung der Ausgangsla-
232 ge eine begrüßenswerte. Seine weiteren Vorhaben
233 wie höhere Besteuerung für Unternehmen und ho-
234 he Einkommen, ein staatliches Rentensystem, die
235 Stärkung öffentlichen Gesundheits- und Bildungs-
236 systems, sowie von Kunst und Kultur stehen aller-
237 dings unter schwierigen Bedingungen: denn im De-
238 zember wurde zeitgleich ein neues Parlament ge-
239 wählt, in dem Borics Bündnis keine Mehrheit erlang-
240 te und auf Zusammenarbeit mit den konservativen

241 Kräften angewiesen ist. Nichtsdestotrotz ist an der
242 Spitze des Chilenischen Staates nun ein Mensch, der
243 den verfassungsgebenden Prozess unterstützt und
244 nicht gegen ihn arbeitet.

245 Mit Boric' Wahlsieg wurde das gesellschaftliche Ka-
246 tastrophenszenario verhindert und sowohl die po-
247 litischen Ziele, als auch die Biographie eines 35
248 Jährigen Präsidenten, der der Student*innenbewe-
249 gung Chiles entspringt, sind zunächst vielverspre-
250 chend. Dennoch müssen wir Boric' Einstellungen
251 zum Judentum und zu Israel – dem Schutzstaat jüdi-
252 schen Lebens – mit aller Deutlichkeit kritisieren. Bo-
253 ric unterstützt den Boykott israelischer Waren und
254 Dienstleistungen und bezichtigt Israel eines Völker-
255 mords an den Palästinenser*innen. Das ist lupenrei-
256 ner Antisemitismus und muss glasklar als solcher
257 benannt werden. Diese Aussagen des Präsidenten
258 sind nicht hinnehmbar – ohne Wenn und Aber! Sie
259 beunruhigen viele der rund 18.000 chilenischen Jü-
260 dinnen und Juden und lässt eine antiisraelische und
261 antijüdische, politische Ausrichtung Chiles befürch-
262 ten.

263 **Ein verfassungsrechtlicher Leuchtturm**

264 Die verfassungsgebende Versammlung präsentierte
265 einen Vorschlag, der zur Abstimmung im September
266 2022 erneut zur Volksabstimmung freigegeben wur-
267 de. Dieser Entwurf steht der alten Verfassung dia-
268 metral entgegen und trägt eine klar feministische
269 und sozialistische Handschrift. Chile solle künftig
270 nicht mehr verfassungsmäßig als subsidiäres, neo-
271 liberales System, sondern als Sozialstaat charakteri-
272 siert sein:

273 • **Sozialstaat:** Der Staat hat die Aufgabe eine
274 Sozialpolitik zu definieren, die auf den Prinzi-
275 pien von Teilhabe, Solidarität und Universalität
276 fußt. Des Weiteren soll ein umfassendes,
277 öffentliches Sozialsystem geschaffen werden,
278 das über Pflichtbeiträge von Arbeitnehmer*in-
279 nen, Arbeitgeber*innen und aus sonstigen
280 Staatseinnahmen finanziert werden. Das wä-
281 re eine Zeitenwende in der chilenischen So-
282 zialpolitik, in der sich Arbeitgeber*innen bis-
283 her gar nicht an der sozialen Sicherung der
284 Chilen*innen beteiligen müssen. Den Gewerk-
285 schaften soll hierbei ein Mitwirkungsrecht in
286 der Ausgestaltung eingeräumt werden.

287 Des Weiteren sieht der Entwurf öffentliche Bil-
288 dungseinrichtungen und ein umfassendes und
289 ganzheitliches, öffentliches Pflege-, sowie Ge-

290 sundheitssystem, als Grundpfeiler eines aktiven
291 Sozialstaates vor. Auch in Bezug auf das Grundbe-
292 dürfnis des Wohnens leitet sich aus dem Entwurf
293 ein verfassungsrechtlicher Anspruch ab. Dem Staat
294 wird hier die Rolle des aktiven Treibers gegeben,
295 der den Wohnungsbau mithilfe einer Landesbank
296 voranbringen soll.

297 • **Arbeit & Wirtschaft:** Pinochets Verfassung be-
298 schränkt sich lediglich auf den Begriff der
299 Arbeitsfreiheit. Damit verbunden ist die an-
300 gebliche Freiheit des Arbeitnehmers oder der
301 Arbeitnehmerin, einen Arbeitsort zu wählen,
302 und die Freiheit der Unternehmen, zu wäh-
303 len, wen sie einstellen. Das ist neoliberale Pro-
304 sa in Reinkultur. Der neue Verfassungsentwurf
305 sieht ein individuelles Arbeitsrecht vor, wo-
306 nach sich entlohnte Arbeit nach den Grund-
307 sätzen der International Labor Organisation
308 (ILO) und somit an internationalen Maßstä-
309 ben und Normen der UN richtet. Ein gro-
310 ßer Wurf ist darüber hinaus die Einführung
311 des Kollektivarbeitsrechtes, das das Recht auf
312 Gewerkschaftsfreiheit in drei Dimensionen
313 anerkennt: gewerkschaftliche Organisation,
314 Tarifverhandlungen und Streik. Das betriebli-
315 che Mitbestimmungsrecht soll demnach über
316 Gewerkschaften ausgeübt werden.

317 Dazu beschreibt der neue Verfassungsentwurf eine
318 Demokratisierung der Wirtschaft, indem öffentliche
319 Güter wie beispielsweise Wasser oder Bodenschätze
320 der öffentlichen Hand zurückgeführt werden.

321 • **Feminismus:** In dem Verfassungsentwurf wird
322 mit rückständigen Rollenverständnissen auf-
323 geräumt, indem es eine neue Anerkennung
324 von Haus- und Carearbeit beinhaltet, die von
325 einem Verständnis des sozialistischen Femi-
326 nismus geprägt ist. Die Carearbeit wird als
327 das betrachtet, was sie ist: eine für die Ge-
328 sellschaft und deren Aufrechterhaltung un-
329 verzichtbare Arbeit. Diese Arbeit muss vom
330 Staat durch ein öffentliches Sorge- und Pflege-
331 system gesellschaftlich getragen werden. Dies
332 führt zu einer Verschiebung innerhalb der Ge-
333 sellschaft, indem Carearbeit aus dem Privaten
334 und Versteckten herausholt und sie gewisser-
335 maßen vergesellschaftet.

336 Die Verfassung soll Geschlechtervielfalt anerkennen
337 und die Gleichstellung/-behandlung der Geschlech-
338 ter sichern. Konkret bedeutet das in Bezug auf Pa-

339 rität, dass alle Ämter und in allen staatlichen In-
340 stitutionen paritätisch besetzt werden sollen. Doch
341 auch in Bezug auf reproduktive Rechte stellt der Ent-
342 wurf einen wahren Leuchtturm in einer diesbezüg-
343 lich sehr konservativ geprägten Region dar. Ein frei-
344 williger Schwangerschaftsabbruch soll verfassungs-
345 mäßig zugesichert werden.

346 • **Plurinationalität und Interkulturalität:** Die
347 Existenz der in Chile lebenden Völker und Na-
348 tionen, sowie die Ausübung ihrer individuel-
349 len und kollektiven Rechte wird anerkannt.
350 Nicht nur die territoriale Integrität der Völ-
351 ker, sondern auch das Recht auf Autonomie
352 und Selbstverwaltung soll anerkannt werden.
353 Nicht nur soll in dem Verfassungsentwurf,
354 die Sprache, Kultur und eigene Identität aner-
355 kannt werden. Der Entwurf geht sogar noch
356 weiter, indem er die Förderung und Wert-
357 schätzung des Austausches zwischen den Völ-
358 kern und Nationen vorsieht, die in gegensei-
359 tigem Respekt miteinander leben sollen. Der
360 Staat soll als Wegbereiter für ebenjenen Dia-
361 log dienen.

362 Der 449 Artikel umfassende Verfassungsentwurf
363 stand für eine echte Zeitenwende Chiles und soll-
364 te mit all den Ungerechtigkeiten brechen, die noch
365 vorher konstituierend für den Staat waren. Er soll-
366 te einen Schlussstrich ziehen mit der Privatisierung
367 von grundlegenden Menschheitsbedürfnissen wie
368 Bildung, Gesundheit oder Wasser. Dieses Schrift-
369 stück war ein verfassungsrechtlicher Leuchtturm
370 mit Strahlkraft weit über den südamerikanischen
371 Kontinent hinaus. Die festgeschriebenen Schutz-
372 rechte sowohl für Menschen, die Diskriminierungen
373 leiden wie FINTA, LGBTQ+ oder BIPoC, aber auch für
374 Klima, Natur und Artenvielfalt sind in ihrer Deutlich-
375 keit weltweit einzigartig.

376 **Wir als SPD sind davon überzeugt, dass Deutschland**
377 **diesem sozialistischen, feministischen und ökolo-**
378 **gischen Ansatz folgen muss!Es ist höchste Zeit,**
379 **dass auch wir grundlegende Menschheitsprobleme**
380 **wie die Klimakatastrophe, das Artensterben, Woh-**
381 **nungslosigkeit und Diskriminierung aufgrund des**
382 **Geschlechts oder der sexuellen Identität endlich**
383 **verfassungsrechtlich in all ihren Dimensionen erfassen!**
384 **sen!**

385 **¡La Lucha Sigue! – Der Kampf geht weiter!**

386 Nach einem hitzigen Wahlkampf rund um die
387 Volksabstimmung wurde der Vorschlag mit zwei

388 Dritteln eindeutig abgelehnt. Eine finanzstark auf-
389 gezogene Desinformationskampagne verzerrte die
390 öffentliche Debatte, indem gut produzierte Fake
391 News in der chilenischen Gesellschaft verdingen.
392 Rechte Thinktanks und Organisationen streuten
393 Falschaussagen über den Verfassungsentwurf, die
394 die öffentliche Daseinsvorsorge diskreditieren, natio-
395 nalistische Gefühle schürte und dabei gegen indi-
396 gene Menschen hetzte. Die Widerlegung der Lügen
397 kam schier nicht an gegen die ungeheure Flut an
398 Desinformationen in sämtlichen medialen Kanälen.
399 Trotz der verlorenen Abstimmung blieb der Reform-
400 druck in Chile hoch, denn das Land braucht immer
401 noch eine neue Verfassung. In einem neuen Anlauf,
402 für den Präsident Boric die Opposition unter dem
403 rechtsextremen Kast einbeziehen musste, wird Chi-
404 le einen deutlich institutionalisierteren Weg gehen.
405 Drei Gremien, bestehend aus einem direkt gewähl-
406 ten Verfassungsrat, einer Expert*innenkommission
407 und einem juristischen Komitee, sollen nun einen
408 zweiten Verfassungsentwurf ausarbeiten. Die poli-
409 tische Rechte hat dafür gesorgt, dass es sehr restri-
410 tive Bedingungen gibt, die viele der guten Ansätze
411 im ersten Anlauf zuwiderlaufen. So wird beispiels-
412 weise festgeschrieben, dass Chile ein Zentralstaat
413 bleibt, was ein klarer Bruch mit den Interessen der
414 Mapuche ist, die den Staat dezentralisierter organi-
415 sieren möchten.

416 Die politische Rechte bleibt ihrem Handlungsmus-
417 ter treu: sie setzt ihre gesamte Kraft ein, um not-
418 wendige Veränderungen und echten Fortschritt aus-
419 zubremsen. Auch wenn der neue verfassungsgeben-
420 de Prozess deutlich bewegungsferner ist als der al-
421 te, **stehen wir solidarisch an der Seite der noch im-**
422 **mer weiterkämpfenden Genoss*innen auf den Stra-**
423 **ßen Chiles. Wir sind überzeugt, dass gesellschaftli-**
424 **cher Fortschritt und Aufbruch möglich sind!**

425 Aus dem chilenischen Kampf für eine freiere und fe-
426 ministischere Gesellschaft müssen wir unsere Leh-
427 ren ziehen. Daher fordern wir:

- 428 • das Ende der Gewalt gegen die Mapuche und
429 indigenen Völker. Die voranschreitende Milita-
430 risierung des Konflikts muss sofort enden!
- 431 • die deutsche und europäische Außenpolitik
432 dazu auf, die Menschenrechtsverletzungen an
433 den indigenen Völkern Chiles anzusprechen
434 und entschlossen auf ein anderes Handeln zu
435 hinzuwirken.
- 436 • die Anerkennung der Territorien der Mapuche

437 und ihrer Landrechte.
438 • die Bundesregierung auf, die feministische
439 Außenpolitik endlich konsequent zu leben
440 und den verfassungsgebenden Prozess zu un-
441 terstützen.
442 dass der Impuls aus Chile aufnehmen und auch
443 das Deutsche Grundgesetz einer kritischen Über-
444 prüfung unterziehen. Beispielsweise ist der Schutz
445 sexueller Minderheiten in Artikel 3 (3) GG nicht ex-
446 plizit erwähnt. Es ist Zeit, diese und andere Lücken
447 im Grundgesetz zu schließen.